

Zarko Puhovski

Konkretisierung des Verallgemeinerungsvorgehens



Geboren am 15. Dezember 1946 in Zagreb, Jugoslawien. Studium an der Universität Zagreb; während des Studiums längere Aufenthalte in Frankfurt. Professor für Politische Philosophie an der Universität Zagreb. Buchveröffentlichungen (alle serbokroatisch): *Interesse und Gemeinschaft* (1975), *Kontext der Kultur* (1979), *Geschichte und Revolution* (1980), *Vernunft und Gesellschaftlichkeit* (1989), *Sozialistische Konstruktion der Wirklichkeit* (1990). — Adresse: Filozofski fakultet, Salajeva 3, 41000 Zagreb, Kroatien.

Daß das Wissenschaftskolleg eine Art von (post)modern organisiertem *bios theoretikos* für die Fellows ist (auch der Kantsche Satz, daß der Gelehrte im Prinzip nicht allein zu Mittag essen soll, wird strikt und diszipliniert berücksichtigt), war (auch) für mich schon von Anfang an klar. Der Unterschied zwischen dem ruhigen und mäßig geselligen Leben im Kolleg und der „normalen“ Situation der verschiedenen Universitätsexistenzen ist an sich schon groß genug. Für die Fellows, die aus den „weltpolitisch interessanten“ Ländern kommen, multipliziert sich dieser Unterschied noch vielmals, und für jene, die zur Zeit des Genießens dieser Privilegien faktisch jeden Tag einen noch größeren Unterschied fühlen konnten, war die Versuchung, alle Vorteile dieses Lebens zu ergreifen, noch größer. Entsprechend größer war auch die Angst, daß man die wertvollste Zeit verliert, denn in so einer abgesonderten *community of investigators* hat man noch eines gemeinsam: das Begreifen, daß jetzt keine üblichen Ausreden das eigene Gewissen befriedigen können, es gibt keine Sitzungen, keine Studenten, ja gar keine Vorlesungen, und deswegen ist jeder mit seiner Sache auf sich selbst (seine Ausrede konsequenterweise auf nichts) gestellt.

Dieser (allgemeinen) Stimmung entsprechend war mein ursprünglicher Plan breit und ambitiös verfaßt; er beinhaltete:

- 1) den Versuch, methodologisch zu klären, was für Konsequenzen die übliche Vorstellung hat, daß einige von moralischen und politischen Idealen theoretisch universalisierbar (z. B. Freiheit), andere „nur“ generalisierbar sind (z. B. Glück);
- 2) die interdisziplinäre Interpretation dieser Differenz (d. h. vergleichend

in der Ethik und in der Philosophie der Politik), die die besondere Konstituierung des Subjekts in beiden Bereichen in Betracht zieht (Mensch versus Staatsbürger);

3) die Überprüfung der Möglichkeit, daß man anhand wichtiger ethischer und politisch-philosophischer Versuche der letzten zwanzig Jahre (Rawls, Nozick, Fishkin, Kohn, Habermas, Höffe, Raz, Mackie, Unger, MacIntyre, Hare, Dworkin, Hart, Wimmer, Lucas, Apel usw.) eine ethische Begründung der politischen Institutionen entwickelt, die, beide philosophischen Disziplinen betreffend, möglicherweise eine Ethik des kleinsten Übels sein könnte.

Kurz gefaßt, ich war meistens mit dem dritten Absatz meines Vorhabens beschäftigt. Der Grund ist offensichtlich: die Möglichkeiten, die die Organisation der Bibliothek im Kolleg bietet, sind derart, daß man hier am besten bibliographische Vorarbeiten, aber auch die kritische Überprüfung des aktuellen Diskussionstandes durchführen kann. Das Grundproblem des ganzen Unterfangens, das in erster Linie methodologische Problem der Möglichkeit der vergleichenden Analyse des Verallgemeinerungsvorgehens in Moral und Politik (und in der Ethik und Philosophie der Politik), versuchte ich durch einen Umweg wenigstens vorläufig zu konkretisieren. Diesen Umweg bietet, so scheint es, die Überprüfung der Toleranz als ein eigenartiges Bindeglied zwischen den beiden Feldern.

Toleranz ist an sich ein theoretischer Begriff an der Grenze verschiedener philosophischer und sozialer Theorien, begründet in der Tatsache, daß er die rechtmäßige Möglichkeit zum systematischen Bruch der Beziehung, sogar der innersten Verbindung (wie es die neuzeitlichen philosophischen Systemtheorien im Prinzip unterstellen) zwischen Theorie und Praxis in sich trägt.

Im ethischen Feld der Untersuchung ergeben sich gerade aus dieser negativen Einstellung zur Theorie-Praxis-Beziehung einige der wichtigsten Probleme. Einerseits interpretiert man in den Beziehungen zwischen konkreten Menschen Toleranz ziemlich oft als Gleichgültigkeit, als Absage an die Intervention in die Angelegenheiten einer Person, die mit Desinteresse mehr zu tun hätte als mit einem bewußt befolgten Prinzip. Die offensichtliche Grenze solchen Verhaltens ist die Situation, in welcher eine Existenz in Frage gestellt wird, aber andererseits wird gerade die Sorge um die Existenz anderer Personen als häufigste Legitimation intoleranten Handelns verwendet (was im Grunde schon ein politisches Problem ist). Im politischen Handlungsfeld ist Toleranz ein wichtiges (wenn nicht das wichtigste) Prinzip gerade deswegen, weil man — seit Spinoza in der philosophischen Analyse des Problems — von der Trennung der Ideen und deren praktischen Folgen ausgeht (oder gar voraussetzt, daß die Ideen prinzipiell keine direkten Folgen haben).

Im methodologischen Sinne besagt das, daß man die Verallgemeinerungsklausel nur im Bereich des Handelns als berechtigt ansehen kann, nicht aber im Bereich der Ideen aufrechterhalten kann. Da die Voraussetzung der Autonomie der Person für die Praxis der Toleranz wesentlich ist und andererseits gerade die Macht des Handelnden die Quelle möglicher Verletzungen dieser Autonomie ist, ist es nicht schwer zu begreifen, daß Toleranz besonders mit der Macht zu tun hat. Als Selbstdisziplinierung der Machthaber ist sie ein moralisches und gleichzeitig ein politisches Programm.

Das Ganze kann man auch auf eine andere Weise begründen: Da gerade Toleranz eine formale und inhaltliche Grundlage für die Garantie der Autonomie aller Mitglieder einer Gemeinschaft bietet, ist sie notwendigerweise der erste formelle und prozedurale Grundsatz einer Gemeinschaft, die auf dem Konsens ihrer Mitglieder beruht. Es hat sich gezeigt, daß auch die politische Freiheit den Autonomiegrundsatz braucht, und daß sie in der Anwendung ohne diesen Grundsatz in einen Streit zwischen kollektiven und individuellen Freiheiten geraten kann. Das zeigt sich in der politischen Theorie, von Althusius bis Lijphart, als Problem des Verhältnisses von Mehrheit und konstanter Minderheit oder als die Möglichkeit einer Tyrannei der Mehrheit, die gerade im Prinzip der individuellen Freiheit gründet, Autonomie aber nicht als höchsten Wert versteht.

(Die Anwendung dieser Prinzipien zeigte sich in der Zwischenzeit als wichtiges Organ für das Verständnis der erzwungenen politischen Verallgemeinerung, die in der postsozialistischen Welt als Nationalismus herrscht. Ein Teil meiner Analysen und öffentlichen Diskussionen in Frankfurt, Mailand, Mainz, Genf, an denen ich teilgenommen habe, war mit diesem, jeden Tag wichtigeren praktischen Problem verbunden. Selbstverständlich helfen theoretische Sätze bei kriegerischen Zuständen nicht viel, aber wenigstens bilden sie ein Beitrag für ein besseres Verständnis der Ursachen solcher Zustände.)

Der dritte Teil meines ursprünglichen Programmes ist, wie man sehen kann, leider nicht völlig abgeschlossen worden. Er bildet aber das Wesentliche meiner künftigen Aufgaben. Die aktuelle Diskussion (um nur die Kontroverse zwischen Rawls und Hare in der Interpretation der Differenz zwischen Generalisierung und Universalisierung als Beispiel zu nennen), die ganz sicher noch längst nicht abgeschlossen ist, wird für diese Arbeiten einen sich ständig wechselnden Kontext darstellen. Dank der Organisation und der Bemühungen des Kollegs, kann ich diese Diskussion viel vollständiger verfolgen und an ihr auch kompetenter teilnehmen.

Zur Zeit meines Aufenthalts in Berlin habe ich ständige Kontakte mit den Kollegen vom Institut für Philosophie der Freien Universität gehabt. Ich habe eine Vorlesung für den Philosophischen Kreis des Instituts gehalten.

ten („Ansätze zu einer postmaterialistischen Theorie des Staates“) und an einigen anderen Diskussionen teilgenommen. Am wichtigsten war für mich die Zusammenarbeit in dem Seminar Professor Dietrich Böhlers über Rawls' „Theorie der Gerechtigkeit“.